

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

- | | |
|---|---|
| 1. V. Plenarsitzung des Zentralkomitees der PZPR | 1 |
| 2. Kampf gegen die Unterdrückung der Kritik | 2 |
| 3. Gesetz über das Verwaltungsverfahren | 3 |
| 4. Das höhere Bildungsniveau der Parteikader | 5 |
| 5. Frauen in der Verwaltung | 5 |
| 6. Neuer Chef der Politischen Erziehung bei den Streitkräften | 6 |

II. Wirtschaft

- | | |
|--|----|
| 1. Opfer für die kommenden Generationen | 7 |
| 2. Wirtschaftliche Investitionen in den Jahren 1950 - 59 | 10 |
| 3. Investitionsplan für die Jahre 1961 - 65 | 15 |

III. Soziale Probleme

- | | |
|--|----|
| 1. Demographische Prognose für die kommenden Jahre | 22 |
| 2. "Wiedergeburt des Arbeitswettbewerbes" | 23 |

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

1). V. Plenarsitzung des ZK der PZPR

Das bedeutendste Ereignis des Monats Juni war die V. Vollsitzung des Zentralkomitees der Vereinigten Arbeiterpartei Polens. Das Hauptthema dieser Sitzung, die am 21. und 22. Juni in Warschau stattfand, war die Investitionspolitik im nächsten Fünfjahrplan 1961-65. Zur Diskussion stand ein Bericht des Politbüros. Das höchste Parteigremium schlug eine Revision der vom letzten Parteitag (März 1959) ausgearbeiteten Richtlinien vor.

Der vom ZK akzeptierte Vorschlag des Politbüros bedeutet eine Umgruppierung der Investitionen. Auf Kosten der Industrien, die für den Konsumbedarf der Bevölkerung arbeiten und auf Kosten des Wohnungsbaus sollen größere Mittel für den Ausbau der Schwerindustrie zur Verfügung gestellt werden. Auch die Gesamthöhe der Investitionen wird sich steigern.

Die Gründe, die GOMULKA zu diesem Schritt veranlaßt haben sind einleuchtend. Ebenso einleuchtend sind auch die Konsequenzen dieses Schrittes für die Bevölkerung. Wie offiziell erklärt wurde, kann die für das nächste Jahrfünft geplante Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung nicht in vollem Umfang durchgeführt werden.

Polen ist ein armes Land und der Lebensstandard der Bevölkerung ist niedrig. Wenn man von der Bevölkerung Opfer verlangt, verurteilt man sie dazu, weiterhin in Armut zu leben, sich schlecht zu kleiden und schlecht zu wohnen. Niemand darf jetzt mehr hoffen, daß nach 5 Jahren eine wesentliche Besserung eintreten wird. Sie kann, wenn die Planung nicht geändert wird, im besten Falle erst nach 10 Jahren kommen. Auf so lange Sicht kann man kaum jemanden vertrösten.

Die Stimmung im Lande ist nicht gut. Es kann bald eine Zeit kommen, in der sich der kleine Mann in Polen nicht nur wie bis jetzt nach dem Wohlstand des Westen sehnen wird, sondern auch voll Neid feststellen muß, daß seine kommunistischen Nachbarn in der Sowjetunion, der CSR und in Ostdeutschland besser leben als er selbst. Diese Länder sind in vieler Hinsicht in einer besseren Lage als Polen, verfügen entweder über unbeschränkte Reichtümer (wie die SU), oder wurden weitgehend von den Kriegszerstörungen verschont (wie die CSR), oder brauchen sich nicht mit dem Problem der übergroßen Bevölkerungszunahme zu befassen (wie die "DDR").

Welche Gründe es auch sind, die die wirtschaftliche Lage Polens schwieriger und komplizierter machen, eines ist klar: Sobald sich in Polen die Überzeugung verbreitet, daß man in anderen Ostblockländern in materieller Hinsicht besser leben kann, wird es dem angegriffenen Prestige GOMULKAs einen weiteren schweren Schaden zufügen. Auch dem Ansehen des "polnischen Experiments" in anderen Satellitenländern kann das Abbruch tun.

2) Kampf gegen die Unterdrückung der Kritik

Der Sekretär einer Parteiorganisation in einer Fabrik nützt seine Stellung aus, um sich persönlich zu bereichern. Zwei Parteimitglieder, die ihn deswegen zu kritisieren wagen, werden aus der Partei ausgeschlossen und dazu noch materiell geschädigt. Sie legen beim Bezirkskomitee eine Berufung ein. Die Kontrollkommission beim Bezirkskomitee annulliert den Ausschluß und leitet eine genaue Untersuchung der Affaire ein. Der nun gefährdete Parteisekretär hat aber gute Beziehungen ins Stadtkomitee der Partei, dem seine Parteiorganisation in der Fabrik direkt untersteht. In der Folge wird gegen die Kontrollkommission geschossen: Man beschuldigt sie, dem Ansehen der Partei einen schweren Schaden zugefügt zu haben, sie zu zersetzen usw. Was haben sie nun verbrochen? Sie haben sich bei ihren Untersuchungen auch an einige Parteilose um Informationen gewandt.

Der Sache nahm sich die vorgesetzte Behörde an und in der Folge stellte man offiziell fest, daß das Verhalten der Kontrollkommission durchaus berechtigt war. Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" schreibt dazu am 6. Juni:

"Die Partei verbirgt ihre Ziele nicht und hat keinen Grund, anonym zu handeln, ihre Absichten zu verheimlichen... Lenin bezeichnete einmal die Kommunisten als 'Bevollmächtigte' des Volkes. Die Meinung der Umgebung ist für jedes Parteimitglied von Bedeutung. Die einem Funktionär von der Partei erteilte Vollmacht legt ihm bestimmte Pflichten gegenüber den parteilosen Werktätigen auf. Die Parteilosen haben daher das natürliche Recht, ihre Meinung über jeden Parteiaktivisten zu äussern. Wer schon im voraus annimmt, daß die Meinung der Parteilosen über einen Aktivisten einseitig, unfreundlich und unsachgemäß sein wird, erweist der Partei keinen guten Dienst. Diese engstirnige, sektiererische Haltung ist Folge eines mangelnden Glaubens an die Menschen..."

Die Parteileitung unternimmt seit mehreren Monaten ernste Anstrengungen, um die Unterdrückung der Kritik, die von unten, von einfachen Parteileuten und von den Parteilosen kommt, zu verhindern. Um das Recht auf die Kritik zu schützen, will man jetzt die Unterdrückung der Kritik unter Strafe setzen. Darüber schreibt "Trybuna Ludu" vom 11. Juni:

"Die jetzt geltenden Gesetze verfügen über keine Strafsanktionen gegenüber denjenigen, die ihr Amt und ihre Stellung mißbrauchen und die Kritik verfolgen. Wenn ein Vorgesetzter vorsichtig handelt und den Buchstaben des Gesetzes nicht verletzt, wenn er einem Kritisierenden eine schlechtere Arbeit zuteilte oder ihn unter Beachtung der Vorschriften entläßt - kann er sicher sein, daß er straflos ausgeht. Um das zu verhindern, hat die Kommission für Justizangelegenheiten beim ZK einen entsprechenden Gesetzentwurf ausgearbeitet."

3) Gesetz über das Verwaltungsverfahren

Der Polnische Sejm beschloß ein neues Gesetz über die Verfahrensfragen bei den Streitfragen zwischen dem Bürger und dem Staat. Das bisher formale geltende Gesetz stammt noch aus dem Jahre 1928.

Die Autoren des Entwurfes waren offensichtlich um die Betonung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit bemüht, die den Bürger vor der Willkür der Staatsorgane schützen soll. Er wendet sich auch gegen die herkömmliche bürokratische Praxis, die Anträge und Beschwerden der Staatsbürger erst lange Zeit in der Schublade "reifen" läßt. In Zukunft soll solches Verhalten unter Strafe gestellt werden.

Das neue Gesetz wird am 1.1.1961 in Kraft treten.

Während der Diskussion im Plenum des Sejms wurden auch die Mängel in der Arbeit des Verwaltungsapparates diskutiert. Die Staatsanwaltschaft, die die Entscheidungen der administrativen Organe auf ihre Gesetzlichkeit prüft, mußte im vorigen Jahre fast 6.000 Entscheidungen der Verwaltung beanstanden. Ein kommunistischer Abgeordneter sprach von einem schlechten Klima in den Beziehungen zwischen dem Staatsbürger und den Behörden, die durch Mängel der Verwaltung verschuldet sind. Oft werde dadurch das persönliche Engagement des Bürgers im Kampf für den Sozialismus gestört, meinte der Abgeordnete.

Das Parlament in Warschau besitzt eine Besonderheit, die es von anderen gesetzgeberischen Gremien der Ostblockstaaten unterscheidet. Es handelt sich hier um die Person des parteilosen Abgeordneten aus der niederschlesischen Bezirk Liegnitz - Antoni WOJTYK IAK. Dieser Mann wurde auf Empfehlung der

katholischen Kreise aufgestellt und bekam bei den Wahlen vom Januar 1957 die meisten Stimmen seines Wahlbezirkes.

Abgeordneter WOJTYSIAK vertritt den Standpunkt, der für Ostblockverhältnisse nicht alltäglich ist, und zwar: Zum normalen Funktionieren eines Parlamentes gehört die Opposition. In Ermangelung anderer Kandidaten widmet sich WOJTYSIAK dieser Aufgabe.

Er verfährt konsequent und schonungslos. Als zur Eröffnung der neuen Legislaturperiode Ministerpräsident CYRANIEWICZ die Liste seines Kabinetts präsentierte, stand der Abgeordnete WOJTYSIAK auf und erklärte, daß der Premier seines Erachtens nicht die notwendigen Qualitäten für dieses hohe und verantwortliche Amt besitze. Das war im Februar 1957. Seitdem läßt der eigenwillige Volksvertreter keine Gelegenheit aus, um heftige Kritik zu üben. Er läßt sich nicht dadurch entmutigen, daß er bei seinem Feldzug gegen das System und seine Vertreter völlig vereinsamt dasteht.

Bisher wurde der Abgeordnete WOJTYSIAK wegen seiner Kritik niemals irgendwelchen Verfolgungen unterworfen. Niemand versuchte auch, ihn zum Schweigen zu bringen. Obwohl die Kommunistischen Abgeordneten heftig mit ihm diskutieren, wurde er niemals niedergeschrien. Man ist fast versucht anzunehmen, daß die Regierung in Warschau in dem störrischen Abgeordneten eine Art Aushängeschild für den Westen sieht. Seine Reden sollen Beweis dafür sein, daß im polnischen Sejm wirklich demokratisch debattiert wird.

Bei der letzten Sitzung meldete WOJTYSIAK auch seine Bedenken gegen den erwähnten Gesetzentwurf an. Seine Kritik der polnischen Verwaltungspraxis gipfelte in seinem Antrag zur Streichung eines Absatzes des Artikels 4. Dort heißt es, daß die Verwaltungsorgane sich in ihrer Arbeit nach dem Wohl der Werktätigen und den Aufgaben des sozialistischen Aufbaus richten sollen. Da sein Antrag nicht angenommen wurde - stimmte WOJTYSIAK als einziger gegen die Gesetzvorlage.

4) Das höhere Bildungsniveau der Parteikader

Die Parteileitung ist seit ca 2 Jahren ernsthaft bemüht, eine Erhöhung des Bildungsniveaus ihrer Kader zu erreichen. Von den Funktionären, die im Parteiapparat tätig sind, verlangt man heute neben politischen und ideologischen Erfahrungen auch Abitur oder Absolvierung einer mittleren Berufsschule. In ganz Polen wird seit einigen Jahren propagiert, daß alle Berufstätigen ihre beruflichen Kenntnisse und ihre Bildung ergänzen sollen. Nun ist auch für die Partei die Zeit gekommen, Funktionäre, die allzugroße Lücken in ihrer Bildung haben, entweder zu qualifizieren oder abzulösen.

Für Funktionäre, deren Schulbildung den neuen Erfordernissen nicht entspricht, errichtet man spezielle Parteischulen, die neben ihrem parteipolitischen Programm auch normalen Schulunterricht erteilen.

5) Frauen in der Verwaltung

Der niedrige Anteil der Frauen im öffentlichen Leben Polens wird in der Parteileitung oft mit gewisser Besorgnis festgestellt. In einer Wojewodschaft, deren Bevölkerung zu 52 % aus Frauen besteht, gibt es unter den Vertretern der Nationalräte nur 4,5 % und in den Präsidien dieser Nationalräte sogar nur 0,4 % Frauen. In 484 Ämtern gibt es nur 2 weibliche Bürgermeister und unter 3.500 Dorfvorstehern gibt es nur 5 Frauen.

Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" kommentiert diese Zahlen mit folgenden Worten:

"Niemand erwartet, daß die Zahl der Frauen in der Verwaltung ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Es wäre unrealistisch, das zu verlangen, zumal die meisten Frauen von ihren häuslichen Pflichten sehr beansprucht sind. Man dürfte dagegen erwarten, daß der Anteil der Frauen in der Verwaltung ihrem tatsächlichen Anteil am politischen, sozialen und beruflichen Leben des Landes, ihren tatsächlichen Befähigungen entspricht."

Unter dem männlichen Teil der Bevölkerung gibt es noch immer eine starke Voreingenommenheit gegen die Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben. In Parteikreisen befürchtet man, daß die Folge dieser Einstellung der meisten Männer in Polen eine weiterdauernde Bevormundung der Frauen durch die Kirche sein wird.

Man mobilisiert jetzt die Aktivisten und Funktionäre der Partei zu einer Aktion gegen die Vorurteile und für eine stärkere Beteiligung der Frauen an der Partei- und Verwaltungsarbeit.

6) Neuer Chef der Politischen Erziehung bei den Streitkräften

Als Nachfolger des vor kurzem abgesetzten Leiters der politischen Erziehung in der Armee, Janusz ZARZYCKI, ist General WOJCIECH JERUZELSKI ernannt worden. Dieser junge Mann, (er ist jetzt 36 Jahre alt) kämpfte während des letzten Krieges bei den polnischen Truppen, die in der Sowjetunion gebildet worden waren. Er absolvierte später die polnische Akademie des Generalstabes und avancierte sehr schnell. Mit 33 Jahren wurde er zum Brigadegeneral ernannt, vor wenigen Tagen bekam er den Rang eines Divisionsgenerals.

Unter den politischen Erziehern der Armee ist er einer der wenigen wirklichen Berufssoldaten. Seine Vorgänger waren meistens nur "politische" Generäle und legten diesen Titel nach der Aufgabe der mit ihm verbundenen Funktion ab. Die Sowjets halten ihn für zuverlässig und hatten keine Bedenken gegen seine Nominierung. Bekanntlich wurde sein Vorgänger durch die Intervention der Sowjets zu Fall gebracht.

II. Wirtschaft

1) Opfer für die kommenden Generationen

Mit dem Abschluß der stalinistischen Epoche kam es in Polen zu einer Wendung auch in der Wirtschaftspolitik der Regierung und Partei. Zu STALINS Lebzeiten vertröstete man die Massen in Polen mit dem Wohlstand, der am Ende der Sechsjahrperiode (1950-55), nach der Durchführung des Sechsjahrplanes, kommen sollte. Anstelle der versprochenen "herrlichen Zeiten" kam aber eine Verschlechterung der materiellen Lage der Bevölkerung.

Als GOMULKA die Macht wieder ergriffen hatte, erfolgte eine Wendung in der Wirtschaftspolitik des Regimes. Der Parteichef versprach zwar keine Wunder, sondern sprach realistisch von der Erhöhung des Lebensstandards, die nur langsam eintreten könne, wenn alle Menschen in Polen kräftig zupacken. In den fast vier Jahren seiner Regierungszeit bewies GOMULKA jedoch wie sehr ihm daran gelegen war, die materielle Lage der Polen zu bessern. Um es der Bevölkerung leichter zu machen, erhöhte man zum Teil die Löhne, versorgte sie mit mehr Konsumgütern, baute die Industrien aus, die Massenbedarfsartikel produzieren und beschränkte den Ausbau der Schwerindustrie. Weiter bezog man verschiedene Konsumgüter aus dem Ausland, zum Teil auf Kreditbasis.

Diese Politik brachte eine gewisse Erleichterung für die Bevölkerung, aber eine gründliche Sanierung der Wirtschaft stieß immer wieder auf Schwierigkeiten.

In den letzten vier Jahren lebten die Menschen in Polen besser als in früheren Jahren. Man sprach nicht mehr von Opfern mit Rücksicht auf die Zukunft der kommenden Generationen. Man könnte sogar behaupten, daß in den letzten Jahren die Menschen auf Kosten der Zukunft lebten. Kredite, die man im Ausland aufgenommen hat, werden eines Tages zurückgezahlt werden müssen, und der verlangsamte Ausbau der Schwerindustrie könnte in der Zukunft die Entwicklung der ganzen Wirtschaft hemmen. Und die Polen haben vielleicht mehr Grund als viele andere Völker, an ihre Zukunft zu denken, weil in dieser Zukunft ihre Verpflichtungen besonders groß sein werden.

Die Sorglosigkeit, mit der man über 10 Jahre lang nach dem Kriege den Kinderreichtum propagierte, wirft jetzt schwere Schatten auf die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Es gab in der ersten Nachkriegszeit wohl niemanden in Polen, der sich nicht darüber freute, daß die schweren Bevölkerungsverluste, hervorgerufen durch Krieg und fremde Besatzung, durch die schnelle

Vermehrung in den Nachkriegsjahren ausgeglichen wurden. Die Ernüchterung kam erst, als man unter GOMULKA die Bilanz der stalinistischen Periode zog. Bald wurde es vielen klar, daß weiterer Bevölkerungszuwachs bei den polnischen Verhältnissen nur eine fortschreitende Verarmung bringen kann.

Polen steht vor einem Dilemma: Entweder mehr konsumieren oder mehr investieren. Wenn das Tempo der Investitionen weiter gedrosselt wird (wie es nach dem Oktober 1956 geschah), werden die in wenigen Jahren herangewachsenen jungen Menschen keine Arbeitsplätze und keine Verdienstmöglichkeiten finden. In den nächsten fünf Jahren wird sich die Zahl der arbeitsfähigen Menschen um eine Million vergrößern. Das heißt, für Hunderttausende von jungen Menschen müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Landwirtschaft braucht keine neuen Arbeitskräfte, es müssen also andere Wirtschaftszweige in dem Maße ausgebaut werden, daß jeder neue Bürger eine Beschäftigung findet.

Die Industrie ist die Basis für den Ausbau aller anderen Zweige der nationalen Wirtschaft. Diese Industrie braucht Rohstoffe und Energie. In den letzten Jahren konnte z.B. die Maschinenindustrie nicht immer ihre Produktionskapazitäten voll ausnützen, weil sie nicht genug Stahl bekam. Ein starker Ausbau der verarbeitenden Industrie erscheint im polnischen Falle nicht sinnvoll, wenn man gleichzeitig nicht für die Erweiterung der Rohstoffbasis sorgt. Man mußte sich also entschließen, Bergbau, Metallurgie, Energetik usw. den Erfordernissen anzupassen, die der Ausbau aller anderen Wirtschaftszweige verlangte.

Die Investitionen in der Schwerindustrie sind aber sehr kostspielig. GOMULKA sträubte sich lange dagegen. Im Frühjahr 1958 polemisierte er während der XI. Plenarsitzung des ZK mit den Vertretern des "dogmatischen" Flügels, die darauf hinwiesen, daß die Vernachlässigung der Schwerindustrie den Aufbau Polens verzögert. Verbittert entgegnete er damals seinen Opponenten, sie sollten ihm ein Rezept vorlegen, wie man gleichzeitig den Lebensstandard der Bevölkerung heben und gleichzeitig mehr Stahlwerke errichten könne. Ein solches Rezept gab es damals so wenig wie heute. Und es sind auch nicht parteipolitische oder doktrinäre Gründe, die GOMULKA zum Nachgeben gezwungen haben, sondern das einfache Verantwortungsgefühl gegenüber den Millionen junger Menschen, die in wenigen Jahren nach einem Arbeitsplatz suchen werden und ihn finden müssen.

Vor einem Jahr, während des Parteitages der PZPR, wurden die Richtlinien der künftigen Investitionspolitik ausgearbeitet, die der damaligen Einstellung GOMULKAs entsprachen: Der Ausbau der Schwerindustrie darf nur in dem Rahmen erfolgen, der sich mit einer langsamen Besserung der materiellen Lage der Bevölkerung vereinbaren läßt. Heute ist dieser Standpunkt aufgegeben worden. Das V. Plenum des ZK beschloß, daß man in den kommenden fünf Jahren mehr Mittel in der Schwerindustrie, dem industriellen Bauwesen und der Landwirtschaft investieren muß. Es war von vornherein klar, daß die zusätzlichen Investitionsgelder, die man einer Seite gibt, der anderen weggenommen werden müssen. Als Hauptleidtragende erweisen sich der Wohnungsbau und die Konsumgüterindustrie. In den kommenden 5 Jahren wird man in Polen weniger Wohnungen, dafür aber mehr Hochöfen bauen.

Über die grundsätzlichen Erwägungen sagte GOMULKA während der letzten Sitzung des ZK folgendes:

"Immer schärfer wird das Problem vor uns stehen, ob wir beim Ausbau der Industrie die Erfordernisse des technischen Fortschrittes und die mit ihm verbundene Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Produktionskosten berücksichtigen sollen, oder ob wir in erster Linie daran denken sollen, Beschäftigungsmöglichkeiten für möglichst viele Menschen zu schaffen. In den nächsten 5 Jahren werden wir dem Prinzip des technischen Fortschritts in der ganzen Industrie den Vorrang geben, in den Jahren 1966-70 dagegen werden wir vor besonders schwierigen Problemen stehen. In unserer Investitionspolitik müssen wir uns immer von dem Prinzip des technischen Fortschritts leiten lassen. Das gilt besonders für die Schwerindustrie und Maschinenindustrie. Nichtsdestoweniger werden wir vor der Notwendigkeit stehen, auch unter Verzicht auf den technischen Fortschritt in erster Linie die Beschäftigungsfrage zu berücksichtigen."

Mit anderen Worten bedeutet das, infolge des Kinderreichtums wird man in Polen in vielen Fällen auf die Anwendung der Automation, Modernisierung der Industrien usw. verzichten müssen. Es werden also Produktionsbetriebe entstehen, in denen es darauf ankommen wird, dort möglichst viele Menschen zu beschäftigen, auch wenn das die Produktionskosten verteuert. Wie solche Wirtschaftspolitik sich auf die materielle Lage der Bevölkerung auswirken wird, läßt sich leicht vorstellen.

In Anbetracht der Sorgen, die vor den verantwortlichen Wirtschaftspolitikern Polens stehen, ist die Gereiztheit GOMULKAs gegenüber der kirchlichen Kritik zu verstehen:

"Bei der Betrachtung des Problems der Beschäftigung des Bevölkerungsüberschusses fällt besonders krass die absolute Ignoranz ins Auge, die hohe kirchliche Würdenträger zeigen. Sie bekämpfen verbittert die Geburtenkontrolle und behaupten, Polen soll 80 Millionen Einwohner haben. Um diese 80 Millionen Menschen aber zu ernähren, müßte man die Hektarerträge für die 4 wichtigsten Getreidesorten auf das Niveau von 40,5 dz heben, oder aber ca 25 Millionen Tonnen Getreide jährlich importieren. Vorausgesetzt, daß die Hektarerträge in Polen das heutige DDR-Niveau, d.h. ca 25 dz erreichen würden, müßte man auch dann 16 Millionen t Getreide importieren. Das macht über 50 % des Weltexportes für Getreide. Man könnte eine lange Reihe solcher Zahlen zitieren. Ich will noch ein Beispiel geben. Für die neuen 50 Millionen Polen müßte man unter Beibehaltung der jetzigen Wohndichte über 27 Millionen Wohnräume bauen, also ca. 15-mal so viel, wie wir für die nächsten 5 Jahre planen...

Wenn die Würdenträger der Kirche die Wundermittel kennen, mit deren Hilfe wir diese riesigen Produktionszahlen erreichen könnten, werden wir auch eifrig das 80-Millionen-Volk propagieren. Der Haken liegt darin, daß es solche Wundermittel nicht gibt, daß die Kirche uns die Sorge um die Zukunft des Landes überläßt und sich selbst dafür nicht verantwortlich fühlt."

2) Wirtschaftliche Investitionen in den Jahren 1950-59

Das V. Plenum des Zentralkomitees diskutierte über den Bericht des Politbüros: "Die Aufgaben der Investitionspolitik in den Jahren 1961-65."

Als Einleitung zu dieser Diskussion hielt GOMULKA eine Ansprache, in der er sich hauptsächlich mit den Investitionen in den Jahren 1950-59 befaßte.

Polens Platz in der Weltwirtschaft

Einleitend befaßte sich GOMULKA mit der wirtschaftlichen Entwicklung Polens in den letzten 15 Jahren und verglich sie mit dem Vorkriegsstand.

In den Jahren 1946-1959 investierte man in der Nationalwirtschaft fast 645 Milliarden Zloty. Die Summe wurde errechnet laut Preisen von 1959. Davon fallen auf die Periode: 1946-49 - über 77 Milliarden und auf die Jahre 1950-59 - 567 Milliarden Zloty.

Die Entwicklung der Volkswirtschaft in der Nachkriegszeit illustriert der Vergleich der Vorkriegsproduktionszahlen mit dem heutigen Stand in Polen und in vier westeuropäischen Ländern: Großbritannien, Bundesrepublik, Frankreich und Italien. Alle angegebenen Zahlen sind berechnet pro Kopf der Bevölkerung. Für die vier westeuropäischen Länder errechnete man gemeinsame Durchschnittszahlen.

Stahl (in kg)

	<u>1937</u>	<u>1959</u>
4-Länder-Durchschnitt	242	358
Polen	43 (17,8% des 4-Länder-D.)	211 (60 % des 4-Länder-Durch.)

Brennstoffe (in kg)

(Steinkohle, Braunkohle, Erdöl, Erdgas und Energieproduktion der Wasserkraftwerke umgerechnet auf Steinkohleneinheiten)

	<u>1937</u>	<u>1959</u>
4-Länder-Durchschnitt	2805	2551
Polen	1095 (39% d. 4-L.-D.)	3523 (138 % des 4-Länder-D.)

elektrische Energie (in kWh)

	<u>1937</u>	<u>1959</u>
4-Länder-Durchschnitt	559	1681
Polen	105 (19 % d. 4-L.-D.)	902 (54 % d. 4-Länder-D.)

Zement (in Kg)

	<u>1937</u>	<u>1959</u>
4-Länder-Durchschnitt	158	320
Polen	37,5 (23,7% des 4-Länder-D.)	182 (57 % des 4-Länder-D.)

Schwefelsäure (in kg)

	<u>1937</u>	<u>1959</u>
4-Länder-Durchschnitt	27,2	45,6
Polen	5,3 (19,5 %)	21 (45,6 %)

Baumwollgarn, Wollgarn, Kunstseidengarn, synthetische Faser (in kg)

4-Länder-Durchschnitt	1937	1959
	82,2	13.
Polen	3,5 (28,7 %)	9,2 (70,8 %)

Gesamte Industrieproduktion (in %)

4-Länder-Durchschnitt	100.0	100.0
Polen	20,0	55,0 bis 60,0

Verglichen mit dem Jahre 1937 wuchs die industrielle Produktion Polens bis 1959 um 580 %. Dagegen ergibt die Landwirtschaft ein wenig erfreuliches Bild. In der gleichen Zeitspanne wuchs die pflanzliche Produktion der Landwirtschaft nur um 5,2 %.

Investierungen in den Jahren 1950-59

Die Gesamtsumme der Investierungen in allen Zweigen der Nationalwirtschaft beläuft sich auf 567 Milliarden Zloty. Diese Summe verteilt sich folgendermassen auf einzelne Wirtschaftszweige:

Industrie	42,1 %
Bauwesen	2,4 %
Landwirtschaft	11,2 %
Forstwirtschaft	0,4 %
Verkehr, Transport	10,5 %
Handel	3,1 %
Kommunalwirtschaft	3,9 %
Wohnungsbau	16,7 %
soziale u. kulturelle Einrich.	6,0 %
Sonstiges	3,7 %

Die sogenannten produktiven Investitionen betragen fast 70 % der Gesamtsumme (gemeint sind hier die Investitionen in der Industrie, dem Bauwesen, der Land- und Forstwirtschaft, dem Transport und Handel). Der Anteil dieser produktiven Investitionen war größer während des 6-Jahresplanes (1950 -55) - 71,3 % und fiel in der zweiten Hälfte des besprochenen Jahrzehnts (67,7 %).

Als besonders auffallend bezeichnete GOMULKA die Tatsache, daß in den vergangenen 10 Jahren mehr Geld für Wohnungsbau als für landwirtschaftliche Investitionen ausgegeben wurde. Die Benachteiligung der Landwirtschaft trug dazu bei, daß in diesem Zweig der Nationalwirtschaft keine Erfolge erzielt werden konnten.

Industrielle Investitionen

Ca. 240 Milliarden Zloty investierte man in den vergangenen 10 Jahren im Ausbau der Industrie. Ein Fünftel davon, also ca. 48 Milliarden, wurden in den Bergbau gesteckt. Davon entfielen 32 Milliarden auf den für Polen besonders wichtigen Kohlebergbau. Der Kohlebergbau war in den letzten 10 Jahren offensichtlich zurückgeblieben. Besonders in der ersten Nachkriegszeit beschränkte man sich auf die wirtschaftliche Ausbeutung der Kohlegruben, ohne größere Summen zu investieren. So wurden in den Jahren 1945-52 530 Milliarden to Steinkohle gefördert, ohne dabei eine einzige neue Schachtanlage zu bauen. In den folgenden Jahren hat sich die Lage im Kohlebergbau etwas verbessert. Im Augenblick befinden sich 12 neue Kohlegruben im Bau und 59 neue Sohlen in existierenden Bergwerken werden aufgeschlossen. Für die in den Jahren 1945-60 exportierte Kohle kassierte Polen ca. 4 Milliarden Dollar.

Für den Ausbau der Maschinenindustrie gab man in den Jahren 1950-59 ebensoviel wie für die Kohlegruben: 32 Milliarden Zloty. Während aber die Kohleförderung in dieser Zeit etwa um ein Drittel wuchs, vergrößerte sich die Produktion der Maschinenindustrie auf das 7,5-fache.

Der Bau der Kraftwerke verschlang in den vergangenen 10 Jahren 26,5 Milliarden, der Ausbau der Eisenmetallurgie etwa die gleiche Summe. Mit hohem Aufwand baute man auch die chemische Industrie auf. Die Höhe der Investitionen betrug hier über 30 Milliarden.

Für die Baustoff-Industrie gab man fast 18 Milliarden aus (davon 4,7 Milliarden für die Zementindustrie). Die Lebensmittelindustrie, die auch mit Rücksicht auf den Export besonders wichtig ist, bekam 17 Milliarden und die Textilindustrie wurde mit einem Aufwand von 9,4 Milliarden Zloty ausgebaut.

Industrielle Entwicklung in Polen und anderen Ostblockländern

In den letzten 10 Jahren gestaltete sich das jährliche Durchschnittstempo der Steigerung der industriellen Produktion in einzelnen europäischen Ostblockländern folgendermassen:

Polen	14,5 %
Albanien	20,5 %

Bulgarien	15,2 %
Rumänien	13,6 %
"DDR"	13,0 %
Sowjetunion	12,0 %
Ungarn	11,7 %
CSR	10,9 %

Die Zusammenstellung dieser Zahlen ergibt kein schlechtes Ergebnis für Polen, man muß aber dabei berücksichtigen, daß die jährliche Zuwachsrates der industriellen Produktion in Polen nicht gleichmässig war. In der Zeit des Sechsjahrplanes (1950-55) betrug sie jährlich 16,2 %, um in späteren Jahren auf 9,4 % zu sinken. Große jährliche Zuwachsrates kann man leichter erreichen, wenn die industrielle Basis klein ist. Die Verlangsamung des prozentuellen Steigerungstempos der industriellen Produktion ist eine Tatsache, die man in allen Ostblockländern (mit Ausnahme von Bulgarien) beobachtet. In Polen trat aber diese Erscheinung besonders krass hervor. Das Tempo der Entwicklung des industriellen Ausbaus in Polen hielt in den letzten 4 Jahren besonders auf dem Gebiete der Schwerindustrie nicht Schritt mit den Nachbarländern (Sowjetunion, "DDR", CSR).

Probleme des Wohnungsbaues

Fast 95 Milliarden Zloty gab man in den letzten 10 Jahren für den Wohnungsbau aus. Der Anteil privater Bauherren belief sich dabei auf etwas mehr als ein Viertel.

Insgesamt baute man in den Jahren 1950-59 2.558.000 Wohnräume:

	in der Stadt:	auf dem Lande:
Aus staatlichen Mitteln	1.404.000	258.000
Aus privaten Mitteln	195.000	701.000

Die private Initiative wirkte sich hauptsächlich auf dem Lande und in Kleinstädten aus.

Ein besonders heikles Problem entstand durch die zu niedrigen berechneten Mieten in Polen. Die Baukosten können durch die Mieten nicht amortisiert werden, aber noch schlimmer ist es, daß diese Mieten nicht einmal ausreichen, um die laufenden Reparaturen an den Wohnhäusern zu decken. Im Jahre 1956 konnte man aus den Mieten nur 32 % und im Jahre 1959 nur 48 % der Ausgaben

decken, die durch laufende Reparaturen entstanden. Die Bewirtschaftung der staatseigenen Wohnhäuser bringt immer größere Verluste. Das Defizit betrug im Jahre 1956 ca. 1,5 Milliarden Zloty, 3 Jahre später schon 1,7 Milliarden Zloty.

"In den kapitalistischen Ländern" - sagte GOMULKA - "reichen die Mietzinsen zur Deckung der laufenden Reparaturkosten und erlauben eine Amortisierung der Baukosten binnen 25 Jahren. Die Mietzinsen betragen dort jährlich 4-6 % der Baukosten. Bei uns dagegen beträgt die Jahressumme der Mieten nur 0,4 % der Baukosten, liegt also 10-15 Mal niedriger. In der Tschechoslowakei betragen die Jahresmierzinsen 1,5 %, in der DDR - 2,2,% und in der Sowjetunion - 2 % der Baukosten."

Viele Männer in Polen wissen überhaupt nicht, wieviel im Monat die Wohnungsmiete kostet. Das besorgen schon die Frauen aus ihrem Haushaltsgeld. Die Rechnungen für Gas und Strom sind in der Regel viel höher als die Miete selbst. Was also auf diese Weise geschenkt wird, wird vom Staat auf andere Weise weggenommen, weil dieser Staat schliesslich nicht nur neue Häuser baut, sondern auch für die Unterhaltung der gebauten Häuser immer wieder Geld besteuern muß, damit sie nicht zerfallen. Ein Tscheche zahlt dagegen höhere Mieten, bezieht aber auch einen höheren Reallohn.

GOMULKA wies den Gedanken von sich, er beabsichtige eine Mieterhöhung in Polen. Zurzeit ist diese Sache noch nicht aktuell - meinte er - aber einmal wird dieser anormale Zustand liquidiert werden müssen.

Längere Ausführungen GOMULKAS zu den Problemen des Wohnungsbaus gipfelten in der Feststellung, daß die Investitionsauflagen für den Wohnungsbau gekürzt werden.

3) Investitionsplan für die Jahre 1961-65

Entwicklung der industriellen Produktion

Im Laufe der nächsten 5 Jahre (1961-65) wird die industrielle Produktion Polens um 52 % wachsen. Zurzeit des letzten Parteitages (März 1959) plante man eine Produktionserhöhung um 50 %. In den Jahren 1956-60 plante man eine Erhöhung der industriellen Produktion um 49 %, erreichte aber tatsächlich mehr (58%).

Die Herstellung von Produktionsmitteln wird schneller wachsen (59 % in den nächsten 5 Jahren) als die Produktion von Konsumwaren (44 %).

Die jährliche Zuwachsrate der industriellen Produktion soll 8,7 % gegenüber jeweils dem Vorjahr betragen. Besonders schnell sollen sich die Maschinen- und die Chemie-Industrie entwickeln. Ihre Produktion soll im Laufe der kommenden 5 Jahre um 74 % bzw. 94 % zunehmen. Die Produktion der elektrischen Energie soll sich um 68 % steigern. Die Entwicklung der Produktion folgender Industrien wird dagegen unter dem Durchschnittsniveau liegen: Lebensmittelindustrie (35 %), Textilindustrie (40 %), Bekleidungsindustrie (35 %) und Leder- und Schuhindustrie (23 %).

Wie es im Politbüro heißt, wird "als Ergebnis der jetzt geplanten Linie der industriellen Entwicklung eine weitere, wesentliche Änderung der Branchenstruktur der Industrie eintreten und zwar durch die Hervorhebung der Bedeutung der Schwerindustrie, insbesondere der Maschinen- und Chemie-Industrie.

Die Korrektur der Richtlinien des letzten Parteitag (März 1959) wird in der Produktion einer Reihe wichtiger Artikel folgenden Ausdruck finden:

	Maßeinheit	1960 (voraussichtl. Ergebnis	1956 Richtlinien des III. Par- teitages	1956 Richtlinien aktuelle
elektrische Energie	Milld. kWh	29	43,5 - 45	45,5
Steinkohle	Mio to	103,5	112-113	113,6
Rohstahl	" "	6,57	9	9,3
Walzgut	" "	4,4	6,05	6,38
Schwefelsäure (100%)	" "	0,68	1,14	1,32
Phosphordünger	" "	0,2	0,36	0,40
Zement	" "	6,6	10,0	11,12
Papier	" "	0,495	0,623	0,633

Besondere Aufmerksamkeit wird man dem Ausbau der Rohstoffbasis widmen müssen, sonst "würden in den kommenden Jahren die Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft nicht voll ausgenutzt werden können."

Landwirtschaftliche Produktion

Die Planziele des Fünfjahrplanes (1956-60) werden in der Landwirtschaft nicht erfüllt. Man wollte eine Steigerung der Produktion um 25 % erzielen, man wird aber im besten Falle 17-18 % erreichen können. Nach den letzten Richtlinien will man in den kommenden fünf Jahren eine Steigerung um ca. 23 % erreichen. Die Richtlinien, die vom III. Parteitag ausgearbeitet wurden, hatten höhere Produktionszahlen für die Landwirtschaft vorausgesehen. Diese Zahlen wurden etwas herabgesetzt. Gleichzeitig beschloß man eine starke Heraufsetzung der Investitionsmittel für die Förderung der Landwirtschaft. Sie soll nicht 72 (wie man im März vorigen Jahres plante) sondern 89 Milliarden Zloty bekommen. Die Parteileitung hat sich endlich zu der Überzeugung durchgerungen, daß man höhere Produktivität der Landwirtschaft nur bei gesteigerten Investitionen erwarten kann. Die neuen Planzahlen erscheinen durchaus real.

Die Hektarerträge für alle Getreidesorten und Kartoffeln will man auf 17,5 dz bzw. 155 dz. steigern. Die Gesamterträge von Getreide und Kartoffeln sollen im Jahre 1965 etwa 15,7 bzw. 41,8 Millionen to betragen.

Außenhandel

Der III. Parteitag beschloß eine Steigerung der Außenhandelsumsätze in den nächsten 5 Jahren um ca 35 %. Sowohl die neue Entwicklung der Investitionspolitik als auch die veränderte Lage auf den Weltmärkten erfordern aber eine Erhöhung dieser Planziele.

Um die für die Industrie notwendigen Rohstoffe einführen zu können, muß Polen mehr Maschinen exportieren. Der Anteil von Maschinen und industriellen Einrichtungen im Export beträgt augenblicklich 28 % und soll in 5 Jahren auf 37 % anwachsen. Dementsprechend weniger Rohstoffe wird Polen exportieren, ihr Anteil vermindert sich von 43 % auf 33 %. Auch die Einfuhr von Maschinen soll mit Rücksicht auf den Aufbau neuer Industrien gesteigert werden (von 28 % auf 31 %).

Die un günstige Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion (besonders die Mißernte vom Jahre 1959) wird zur Folge haben, daß man in den nächsten 5 Jahren um ca. 1,7 Millionen to Getreide über die ursprünglichen Richtlinien des III. Parteitages hinaus importieren muß.

Dies bedeutet eine zusätzliche Ausgabe von ca. 100 Millionen Dollar.

Alles in allem wird der notwendige Import im Laufe der nächsten fünf Jahre die Höhe von 35 Milliarden Devisenzloty (ca. 9 Milliarden Dollar) erreichen. In der gleichen Zeit wird man Waren für 34 Milliarden Zloty exportieren müssen, und das bedeutet 58 % mehr als im letzten Jahrfünft. Daraus geht hervor, daß der Export schneller gesteigert werden muß als die industrielle Produktion (geplant 52 %).

Umgruppierung der Investitionen

Die Korrekturen, die das Juni-Plenum des ZK an den Richtlinien des letzten Parteitages vorgenommen hat, gehen in zwei Richtungen. Zuerst wurde die Gesamtsumme der Investitionen für die Jahre 1961 - 1965 um 30 Milliarden Zloty vergrößert (von 535 auf 565 Milliarden Zloty). Dann erfolgte eine Umgruppierung der Investitionen, so daß Industrie und Landwirtschaft größere Investitionssummen, der Wohnungsbau dagegen kleinere als ursprünglich geplant bekommen werden.

Im einzelnen wird diese Umgruppierung durch folgende Tabelle veranschaulicht:

	(In Milliarden Zloty lt. Preisen von 1959)			(In %)	
	1961 - 1965		1)	1961 - 1965	
	2)	3)		4)	5)
Gesamthöhe der Investitionen	535	565	150,6	100,0	100,0
<u>darin:</u>					
Industrie	201,7	218,7	144,6	37,7	38,7
Bauwesen	11,8	13,9	140,9	2,2	2,5
Landwirtschaft	71,9	89,3	183,5	13,4	15,8
Forstwirtschaft	2,0	2,7	157,6	0,4	0,5
Transport und Verkehr	49,0	54,8	160,8	9,2	9,7
Handel	11,4	11,4	98,8	2,1	2,0
Kommunale Wirtschaft	22,9	22,8	148,4	4,3	4,0
Wohnungswirtschaft	123,7	108,6	150,5	23,1	19,2
Soziale und kulturelle Einrichtungen	34,6	37,5	148,1	6,5	6,6
Sonstiges	13,8	5,3	101,1	0,7	1,0

1) Zunahme der Investitionen im Vergleich zu 1956 - 1960

2) Richtlinien des III. Parteitages März 1959

3) Aktuelle Richtlinien

4) Richtlinien des III. Parteitages

5) Aktuelle Richtlinien

Der Anteil der sog. produktiven Investitionen wird in den neuen Richtlinien stark erhöht. Noch vor einem Jahr sollte er 65,4 % der Gesamtauflagen betragen, in den neuen Richtlinien beziffert er sich auf 69,2 %. Aus der Gesamtsumme der 565 Milliarden, die für Investitionen vorgesehen sind, fallen auf den staatlichen Sektor 441 Milliarden. 16,2 Milliarden sollen von den industriellen und Handelsgenossenschaften investiert werden. Die Höhe der Investitionen in der privaten Landwirtschaft und in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften soll 73 Milliarden betragen. Der private und genossenschaftliche Wohnungsbau wird 33 Milliarden ausgeben.

Industrielle Investitionen

Im Vergleich mit den vergangenen 5 Jahren werden die industriellen Investitionen um 44,6 % wachsen. Die größte Steigerung der Investitionen erfolgt in der Metallurgie der Buntmetalle (um 115%). Das hängt mit dem Ausbau der Kupferwerke und Aluminiumhütten zusammen. Die Investitionen in der chemischen Industrie steigern sich um 58 %, die der schwarzen Metallurgie um 49 %. Für den Ausbau der Energiebetriebe wird man 63 % mehr ausgeben; für Kohle- und Koksindustrie 40 % mehr. Größere Mittel bekommt auch die Textil- und Bekleidungsindustrie (Steigerung um 50 %).

Die Maschinenindustrie, die noch große nicht voll ausgenutzte Kapazitäten besitzt, bekommt für ihren weiteren Ausbau Mittel, die nur um 29 % höher liegen als im vergangenen Jahr fünf. Dies ist weniger, als die Durchschnittssteigerung für die gesamte Industrie (44,6 %).

Die Investitionen in der Lebensmittelindustrie liegen ebenfalls unter dem Durchschnittsniveau (33 %). Dies gilt ebenfalls für die Holz- und Papierindustrie.

Investauflagen im Wohnungsbau

Die Richtlinien des III. Parteitag sah vor, daß im kommenden Jahr fünf 2 Millionen Wohnräume in den Städten gebaut werden sollen. Dies bedeutete eine Steigerung um 67 % verglichen mit den Jahren 1956 - 1960. Die neuen Richtlinien des V. Plenums setzten die vorgesehene Investitionssumme von 123,7 auf 108,6 Milliarden Zloty herab. Dies bedeutet eine Verminderung der zu bauenden Wohnräume von 2 Millionen auf 1,8 Millionen. Auf dem Lande werden wie geplant 950.000 Wohnräume errichtet. Die jetzt vorhandene Wohndichte in den Städten beträgt 1,72 Personen pro Wohnraum. Im Jahre 1965 wird sie nur unwesentlich verbessert sein auf 1,62. Der gesteigerte Ausbau der Schwerindustrie wird also u. a. bedeuten, daß man in 5 Jahren genauso eng wohnen wird, wie heute, obwohl die eingeplante Wohnungszahl nicht niedrig ist. Aber

der starke Geburtenüberschuß der vergangenen Jahre steht einer wirklichen Verbesserung der Wohnungslage im Wege.

Versteckte Reserven

Um den neuen Investitionsplan erfüllen zu können, wird man Reserven zutage fördern müssen, die zum Teil noch verborgen sind und nicht ausgenutzt werden. Insbesondere soll man den neuen Investitionsplan unter folgenden Aspekten betrachten:

1. Einsparen neuer Investitionsmittel durch volle Auslastung der bestehenden Produktionskapazitäten
2. Suche nach möglichen Reserven in der Projektierung (Beispiel: Man erwägt den Bau einer Schuhfabrik. In einem der bestehenden Werke dieser Branche muß die Produktion in mehreren Abteilungen gedrosselt werden, weil die Abteilung, in der man Schuhsohlen zuschneidet, nicht genug Sohlen liefern kann. Durch den Ankauf von ein paar Automaten kann man die Produktion dieser Abteilung steigern und dadurch auch die Produktion des ganzen Werkes auf volle Touren bringen. Der Bau eines neuen Werkes kann also eingespart werden.)
3. Senkung der Investitionskosten während des Baues einer Fabrik. Es war bis jetzt eine gewohnte Praxis, daß während des Baues eines Produktionsbetriebes die Kosten die vorgesehene Höhe wesentlich überschritten. In der Zukunft soll der Grundsatz herrschen, daß die projektierten Baukosten nicht überschritten werden dürfen.
4. Verkürzung der Bauzeit. Viele Bauvorhaben werden dadurch verteuert, daß ihre Bauzeit übermäßig in die Länge gezogen wird. In neuen Produktionsbetrieben dauert die Anlaufzeit, bevor die Produktion aufgenommen wird, viel zu lange.
5. Konzentration der Investitionen. Besonders in der Zeit des Sechsjahrplanes (1950 - 1955) unternahm man den Bau von zu vielen Objekten auf einmal. Es stellte sich dann nach kurzer Zeit heraus, daß man nicht alle Bauvorhaben mit den notwendigen Mitteln beliefern konnte. Die Bauzeit vieler Werke wurde dadurch verlängert und viele Werte eingefroren. Im letzten Fünfjahrplan beging man diese Fehler nicht so oft, aber man verfolgte auch hier nicht konsequent das Prinzip der Konzentrierung der Investitionsmittel auf wenige Vorhaben.
6. Eine Verlängerung der Bauzeit und Verzögerung der Inbetriebnahme war auch dadurch oft verursacht, daß man ein Werk zu bauen begann, obwohl die komplette technische Dokumentation noch nicht vorhanden war. Wenn sich dann die Arbeit des Projektierungsbüros verzögerte, mußte man die Bauarbeiten oft für längere Zeit einstellen. In Zukunft soll die Regel gelten,

daß kein Investvorhaben in den Investitionsplan aufgenommen wird und keine Bank die Mittel zur Finanzierung des Investvorhabens freigeben wird, bevor die Dokumentation nicht vollständig vorliegt.

7. Eine Verlängerung des Investitionszyklus durch verspätete Lieferung von Maschinen und Einrichtungen soll durch bessere Kooperation ausgeschlossen werden.
8. Die Arbeit der Bauunternehmen läßt viel zu wünschen übrig. Verbesserung dieser Arbeit ermöglicht ebenfalls Verkürzung des Investitionsprozesses.

Um die günstigsten Voraussetzungen für die Realisierung des Investitionsplanes zu gewährleisten, sollen alle projektierten Investitionen überprüft werden. Zu dieser großen Überprüfungsaktion sollen Techniker und Volkswirtschaftler herangezogen werden, um alle versteckten Reserven zutage zu fördern und alle Einsparungsmöglichkeiten zu berücksichtigen.

III. SOZIALE PROBLEME

1. Demographische Prognose für die Jahre 1960 - 70

Das Problem der zu schnellen Bevölkerungszunahme beginnt Zentralpunkt aller wirtschaftlichen und sozialen Erörterungen zu werden, die sich mit der Zukunft des Landes befassen. Vor etwa drei Jahren erschienen in der Presse erste, noch sehr vorsichtig formulierte Artikel, die auf die Gefahr einer zu großen Dynamik auf diesem Gebiete hinwiesen. Heute wird diese Frage täglich diskutiert und die Polemik zwischen den Befürwortern und den Gegnern der Geburtenkontrolle erweckt viele Leidenschaften.

Im Laufe der letzten 5 Jahre hat sich der Geburtenüberschuß etwas verkleinert. 1955 betrug er 19,5 Promille, jetzt 16,3 Promille. Eine weitere Senkungstendenz zeichnet sich für die nächste Zukunft ab. Das Interesse der Demographen konzentriert sich auf die Frage, ob diese fallende Tendenz auch in der Zukunft anhält.

Die Entwicklung der kommenden 10 Jahre läßt sich ungefähr voraussehen. In diesem Jahr erreicht der erste, schwache Kriegsjahrgang das "Heiratsalter". Die kommenden Jahre werden also aller Voraussicht nach eine weitere Senkung der Indexzahlen für den Geburtenüberschuß bringen. Man rechnet damit, daß die Jahre 1965 - 1967 den tiefsten Punkt dieser Entwicklung bringen werden. Die Promille-Geburtenzahlen können dann auf den Stand von 10 bis 11 fallen.

Nach dem Jahre 1970 werden aber die starken Nachkriegsjahrgänge heiratsfähig. Es ist dann zu erwarten, daß die Geburtenzahlen schnell wieder anwachsen werden, es sei denn, daß sich bis dahin die Propaganda der Geburtenkontrolle als wirksam erwiesen hat.

Vom Standpunkt des Schulwesens wird die Entwicklung in den nächsten Jahren etwas anders verlaufen. Die größte Zahl der 7-jährigen, die dann Schulanfänger sind, wird im Jahre 1962 erwartet. 720.000 Kinder werden sich in diesem Jahre zum ersten Mal auf die Schulbank setzen. In späteren Jahren wird diese Zahl wieder fallen.

Mittlere Schulen (allgemeine Mittelschulen, Berufsschulen), welche die 14-jährigen aufnehmen, erwarten den größten Ansturm in den Jahren 1965 - 70.

Die stärksten Jahrgänge von 18-jährigen, die in die Hochschulen und auf den Arbeitsmarkt strömen, werden in den Jahren 1973 - 76 erwartet und voraussichtlich 700.000 pro Jahrgang umfassen.

Vor dem Kriege war der Geburtenüberschuß auf dem Lande um 50 % höher als in den Städten. Heute haben sich diese Zahlen ausgeglichen.

2. "Wiedergeburt" des Arbeitswettbewerbes

Eine Wiedergeburt des sog. Arbeitswettbewerbes proklamiert die parteiantliche "Trybuna Ludu" am 30. Juni. Die Initiative muß nach Ansicht des Blattes einer "spontanen" Initiative der Jugend zugeschrieben werden. Die Jugend war es, die "entgegen der Gleichgültigkeit oder gar Abneigung der älteren Arbeiter" die Idee des Wettbewerbes wiederaufgenommen habe. Jugendliche Brigaden hätten begonnen, den Nachweis zu führen, daß "diese Idee eine Lebensberechtigung" hat.

Ganz so spontan war die Initiative der Jugend allerdings nicht. Schon seit fast zwei Jahren hörte man von vereinzelt Aktionen in den Jugendbrigaden.

Nicht umsonst schreibt jetzt "Trybuna Ludu" von der ablehnenden Haltung älterer Arbeiter. Diese erinnern sich noch gut daran. Die Jugend ist nicht von ungefähr zum Träger der wiederbelebten Idee erkoren worden. Sie kennt das nicht, was sich in der stalinistischen Zeit unter dem Namen "Wettbewerb" abgespielt hat.

Nach vierjähriger Pause gibt es in Polen wieder den Arbeitswettbewerb. Die Partei betont zwar, daß die Wettbewerbs-"Bewegung" von heute sich wesentlich von der alten unterscheidet. Nicht nur, daß man die alten Fehler vermeidet, das ist keine Sicherheit.

Wie das Parteiblatt weiter ausführt, liegt die Bedeutung des Arbeitswettbewerbs darin, daß er außer den materiellen auch andere Anreize für den Arbeitseifer schafft. "Die an dem Wettbewerb Beteiligten arbeiten in immer stärkerem Maße nicht nur um Geld zu verdienen, sondern weil die Arbeit ihnen Spaß macht, weil sie ihren persönlichen Interessen entspricht, ihren Ehrgeiz erfüllt, ihnen das Gefühl der gesellschaftlichen Nützlichkeit gibt."

Es ist nicht verwunderlich, daß man in Polen aus der Not eine Tugend machen will. Das Problem der wirtschaftlichen Sanierung des Landes liegt u. a. darin, daß es erforderlich ist, die Menschen für mehrere Jahre dazu zu bringen, bei schlechtem Lohn gute Arbeit zu leisten. Bis jetzt bleiben aber die meisten Menschen in Polen ihrem nationalen Sprichwort treu. Dieses Sprichwort besagt: "Wie der Lohn, so auch die Arbeit". Ob es mit der Jugend vielleicht doch klappt, wird erst die Zukunft zeigen.